Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 30 (2010)

Heft: 58

Artikel: Mit Wirtschaftsdemokratie den Kapitalismus überwinden? : Zum Programmentwurf der SP Schweiz

Autor: Schäppi, Hans

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652190

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Hans Schäppi

Mit Wirtschaftsdemokratie den Kapitalismus überwinden?

Zum Programmentwurf der SP Schweiz

Der Entwurf für ein neues Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS), der auf längeren Vorarbeiten der letzten Jahre beruht, wird am Parteitag im Herbst 2010 von den Delegierten verabschiedet werden. Dieser umfangreiche Entwurf besteht aus vier Teilen. Zuerst wird die gegenwärtige Situation diagnostiziert, „Die Zeit, in der wir leben"; ein zweiter Teil thematisiert die Grundwerte, ein dritter die Vision der Wirtschaftsdemokratie und ein vierter die Problemfelder und die Forderungen. Die Wirtschaftsdemokratie-Vision ist an die Stelle des „Endziels" der frühen Parteiprogramme getreten: der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft.

Mit der Vision „Wirtschaftsdemokratie" erinnert der Entwurf ans Parteiprogramm der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) unter Bruno Kreisky, welches 1978 unter dem Titel „Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität" verabschiedet wurde. In den 70er und frühen 80er Jahre nahmen die meisten sozialdemokratischen Parteien Westeuropas Ideen der 68er Bewegung in ihre Programme auf, soweit jene mit der reformistischen Stossrichtung vereinbar waren: so die Selbstverwaltung (vgl. Widerspruch 2/1981), die Autogestion der französichen 68er Bewegung, die Mitbestimmung, die Emanzipation und Gleichstellung der Frauen, und – allerdings in einem geringeren Ausmass – die Fragen der Dritten Welt und der Umwelt. Am weitesten ging hier die SPÖ, die erst nach dem Tod Kreiskys in „Sozialdemokratische Partei Österreichs" umbenannt wurde, indem sie eine an den Austromarxismus angelehnten 3-Stadien-Theorie vertrat. In einem ersten Stadium mussten die sozialdemokratischen Parteien die politischen Rechte, vorab das allgemeine Wahlrecht und das Frauenstimmrecht erkämpfen, im zweiten Stadium nach dem 2. Weltkrieg den Sozialstaat. Das Ziel des dritten zukünftigen Stadiums war die Demokratie in allen gesellschaftlichen Bereichen, die Wirtschaftsdemokratie (Sasson 1996, 473/74).

Das Programm der SPÖ von 1978 war, wie die anderen Programme der Sozialdemokratischen Parteien Westeuropas der damaligen Zeit, trotz seiner Vision der Wirtschaftsdemokratie ein reformistisches Programm – allerdings eines, das den starken linken, austromarxistischen Flügel der Partei unter Josef Hindel zu integrieren vermochte. Stärker in Erinnerung geblieben ist aber Bruno Kreisky weniger wegen der Orientierung auf Wirtschaftsdemokratie oder wegen des österreichischen Mitbestimmungsgesetzes, sondern seiner Aussenpolitik wegen. Er vermittelte als einer der

ersten in der Palästinafrage, unterstützte die Bewegung der blockfreien Staaten und betrieb, wie die SPD unter Willy Brandt, „Ostpolitik" mit dem Ziel der Entspannung zwischen Ost und West. Davon ist bei der SPS dieser Zeit keine Spur zu finden. Sie war stramm antikommunistisch und atlantisch ausgerichtet, bis Ronald Reagan die US-Euphorie dämpfte und die SPS darauhin die Europäische Union als „Friedensprojekt" und – in Verdrehung der historischen Tatsachen – als „sozialdemokratisches Projekt" entdeckte. Jean Ziegler, der in den 70er Jahren Mitglied des Büros der Sozialistischen Internationale war, fand schon damals in der SPS mit seinen von der Partei abweichenden Auffassungen zum Internationalismus kaum Unterstützung.

Die Vision der Wirtschaftsdemokratie

Der interessanteste Teil des Programmentwurfs der SPS ist zweifelsohne die Vision der Wirtschaftsdemokratie. Heute sind wir ja mit der gegenteiligen Entwicklung konfrontiert. Die herrschende neoliberale Politik stellt die Demokratie und eine soziale Gesellschaft auf verschiedenen Ebenen infrage, unterminiert und höhlt sie aus. So ist das Konzept der Wirtschaftsdemokratie eine wichtige Antwort auf das neoliberale politische Projekt und seiner Folgen – wie die immer stärkere Unterordnung aller gesellschaftlichen Bereiche unter die „Zwänge" der Ökonomie. Wirtschaftsdemokratie heisst Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungen und Widerstand gegen das Vordringen der Kommerzialisierung in alle Lebensbereiche, Kampf gegen Privatisierungen und für eine Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche wie Universitäten, Schulen, öffentliche Verwaltung und Wohnen. Wirtschaftsdemokratie heisst auch Übergang von der kapitalistischen Profitlogik zur Produktion für die gesellschaftlichen Bedürfnisse (vgl. Widerspruch 55 / 2009).

In einem ersten Schritt muss heute eine weitere Aushöhlung der Demokratie durch Vollmachtenbeschlüsse einerseits und Verabsolutierung von Volksentscheiden und Aushebelung der Grundrechte durch den Ausbau des Sicherheits- und Überwachungsstaates andererseits verhindert werden. Es ist erschreckend, festhalten zu müssen, mit welcher Gleichgültigkeit in der Schweiz die Überwachung von kritischen Gruppierungen durch private Konzerne wie Nestlé und Securitas hingenommen wird und solche Firmen nicht sogleich boykottiert werden (Schäppi 2009). Einen Höhepunkt des Demokratiezerfalls wurde in der Schweiz ja mit den „Rettungsmassnahmen" für die UBS erreicht, die ohne demokratische Legitimation und ohne Widerstand durchgesetzt werden konnten. Der Staatsrechtler Rainer J. Schweizer spricht gar von einem Verfassungsbruch.

Auffallend am Entwurf ist allerdings, dass die Vision der Wirtschaftsdemokratie zwar recht detailliert dargestellt wird. Die Frage hingegen, wie sie heute gegen den Widerstand des Kapitals durchgesetzt werden kann,

wird wenig konkret behandelt. Der Vision liegt sehr wohl die Erkenntnis zugrunde, dass sie im kapitalistischen System nicht vollständig realisiert werden kann und mit ihrer Verwirklichung der Kapitalismus nur teilweise „überwunden" werden könnte. Was aber kommt danach und wie gestaltet sich der Übergang? Dabei bemerkenswert ist, dass der Begriff der „Überwindung des Kapitalismus" im Programmentwurf zwar geblieben ist, ein anderer zentraler Begriffe wie derjenige des „demokratischen Sozialismus" aber fallengelassen wurde. Ziel der SPS sind jetzt „soziale und ökologische Leitplanken der Marktwirtschaft", die Partei steht „ist in diesem Sinne für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft" (S.41/42).

Wenn an der „Überwindung des Kapitalismus" im Entwurf festgehalten wird, so hätten neben der Wirtschaftsdemokratie noch andere Konflikte und mindestens so dringende Probleme aufgegriffen werden müssen, die allerdings im Rahmen des kapitalistischen Systems nicht lösbar sind. Am offensichtlichsten ist das bei der Umweltzerstörung, welche im kapitalistischen Akkumulationsprozess mit seiner Dominanz der Profitsteigerung ständig grössere Ausmasse annimmt. Man musste nicht auf die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko warten, um sich klarzumachen, dass in einer von verantwortungslosen und profitgierigen Konzernen beherrschten Welt die Idee eines grünen Kapitalismus frommes Wunschdenken ist. Der Motor kapitalistischer Entwicklung ist die Mehrwertsteigerung und eine solche ist einzig mit einer Steigerung der absoluten Ausbeutung, das heisst mit Lohnrestriktion und Arbeitszeitintensivierungen, nicht realisierbar; es braucht dazu auch die relative Mehrwertsteigerung mit neuen Technologien, Steigerung der Produktivität und Wachstum. Eine wirklich nachhaltige Entwicklung lässt sich mit technologischen Veränderungen allein nicht durchsetzen. Damit dies gelänge, wären eine Kontrolle der Investitionen und ein Bruch mit der Wachstumslogik notwendig, was nicht über den Markt und im Einverständnis mit den Kapitalbesitzern durchgesetzt werden kann, sondern wohl nur gegen sie.

Ein weiteres heute sehr dringliches Problem, das im Rahmen des globalen Kapitalismus nicht gelöst werden kann, ist der Nord–Süd–Konflikt, der im Entwurf zu wenig Beachtung findet. Auch wenn es heute aufstrebende Länder gibt wie China und Indien sowie die schwerreichen Erdölstaaten im Nahen Osten, so vergrössert sich die Kluft zwischen Arm und Reich im Weltmassstab dennoch ständig. Es ist wohl einer der grössten Skandale, dass heute in den Ländern der Peripherie täglich Tausende von Menschen, vorab auch Kinder, sterben – nicht an unheilbaren Krankheiten, sondern weil sie sich in unserem kapitalistischen System die Medikamente nicht kaufen können. Solange sich die Kluft zwischen Zentren und Peripherie ständig vergrössert, die Linke hierzulande keine klare Gegenperspektive findet, ja die immer brutaleren militärischen Interventionen der imperialistischen Mächte sogar noch unterstützt, müssen wir uns nicht wundern, dass rechte, religiös-fundamentalistische Bewegungen an Boden gewinnen.

Starke Vision – schwache Analyse

Das Auffälligste am Programmentwurf ist der Widerspruch zwischen der Vision der Wirtschaftsdemokratie und den anderen Teilen des Entwurfs. So bleibt ungeklärt, weshalb der Kapitalismus überwunden werden muss, wenn über die Schweiz schönfärberisch nur gesagt wird, sie sei „eines der reichsten Länder mit einer der wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften, einem der besten Bildungssysteme, gut ausgebauten sozialen Sicherungssystemen und einer reifen politischen Demokratie". Weder wird nach den Gründen dieses Reichtums gefragt, noch wird die Schweizer Demokratie hinterfragt, in der ein grosser Teil derer, welche die schlecht entlohnte und entfremdete Arbeit leisten, vom Stimm- und Wahlrecht ausgeschlossen sind. Und wenn man Sätze liest wie: „Für immer mehr Menschen ist (Erwerbs-) Arbeit nicht mehr länger eine Last, die es möglichst zu minimieren gilt, sondern im Gegenteil wichtigster Ort der Sinnstiftung und Selbstverwirklichung", bleibt ein wenig rätselhaft, weshalb die Fremdbestimmung durch die Wirtschaftsdemokratie aufgehoben werden soll, wenn wir jetzt schon in der besten aller Welten leben.

Der schwächste Teil des Programmentwurfs ist die rudimentäre Analyse der gegenwärtigen Situation im Kapitel „Die Zeit, in der wir leben". Hier werden peinlichst alle Begriffe vermieden, mit denen die gegenwärtige Phase der kapitalistischen Entwicklung erst begreifbar wird. Stattdessen lässt man es dabei bewenden, Trends und Einzelphänomene zu beschreiben (Cavalli 2010). So fehlt eine Analyse der Veränderung der Klassenverhältnisse, der Gründe für den Aufstieg rechtpopulistischer Parteien, der Rolle des US-Imperialismus, und, man hält es kaum für möglich, eine Analyse der Entwicklungen, welche zur aktuellen weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise geführt haben.

Stattdessen nimmt der schillernde Begriff der Globalisierung eine Schlüsselstellung ein, mit dem bekanntlich von Betriebsschliessungen, Privatisierungen, dem Sozialabbau bis zum EU-Beitritt alles gerechtfertigt werden kann. So fungiert Globalisierung gleichsam als „Sachzwang Weltmarkt", wenn nur abwägend zwischen positiven und negativen Folgen der Globalisierung unterschieden wird. Globalisierung ist ein ideologischer Begriff und kaschiert vorab die Realität einer Konzernstrategie, die immer noch Percy Barnevik, der frühere CEO der ABB, am unverblümtesten formuliert hat: „Ich definiere Globalisierung als Freiheit unserer Firmengruppe, zu investieren, wo und wann sie will, zu produzieren, was sie will, zu kaufen und zu verkaufen, was sie will und alle Einschränkungen durch Arbeitsgesetze oder andere Regulierungen so gering wie möglich zu halten" (T.-A. 15.1.2001).

Globalisierung ist keine naturwüchsige Entwicklung, sondern das Resultat politischer Entscheidungen wie der Liberalisierung des Aussenhandels, der Investitionen, des Kapitalverkehrs und der Liberalisierung der

Finanzmärkte im Interesse ganz bestimmter Klassen, vor allem der Multinationalen Konzerne. Globalisierung wird garantiert durch die von den kapitalistischen Zentren beherrschten internationalen Organisationen wie die WTO, den IWF und die Weltbank. Politische Entscheidungen können jedoch infragegestellt oder gar rückgängig gemacht werden. Und auch internationale Organisationen sind nicht sakrosankt, sondern können bekämpft werden, wie das zum Beispiel Walden Bello mit seinen politischen Strategien der Deglobalisierung vorschlägt (Bello 2002).

So wird man den Verdacht nicht los, die Globalisierungsideologie diene im Programmentwurf vorab dazu, die Forderung nach einem Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union zu untermauern. Auch wenn es aus linker Sicht durchaus Gründe für einen EU-Beitritt gibt, so ist es irreführend, vorzugeben, mit einem Beitritt zur heutigen EU, die weder eine politische noch eine wirtschaftspolitische Union ist und in deren Verfassungsvertrag neoliberale Grundsätze festgeschrieben sind, könne wirtschaftlicher oder politischer Entscheidungsspielraum für eine linke Politik zurückgewonnen werden. Erstaunlich ist diese Einschätzung der Globalisierung im Programmentwurf einer Partei, der diese Entwicklung die wichtigsten Instrumente zur Durchsetzung einer reformistischen Sozial- und Wirtschaftspolitik aus den Händen geschlagen hat.

„Herausforderungen" statt klare Forderungen

Zu den Teilen des Programmentwurfs, in dem die Orientierungen, die Problemfelder und „Herausforderungen" festgehalten werden, hat Willy Spieler in seiner „Stellungnahme zum Programmentwurf der Geschäftsleitung der SP Schweiz" ausführliche kritische Bemerkungen verfasst (Spieler 2010). Ich beschränke mich deshalb darauf, auf einige weitere Probleme hinzuweisen. So fehlt in den Ausführungen zur Arbeit die Forderung nach einer radikalen Arbeitszeitverkürzung. Diese ist zentral, wenn mit dem heutigen Wachstumswahnsinn gebrochen werden soll. Statt Wiederherstellung von Vollbeschäftigung via Wirtschaftswachstum sind Arbeitszeitverkürzung und Lebensqualität die Devise der Zukunft. In der Schweiz besteht insbesondere in der Debatte über Arbeitszeitpolitik ein grosses Manko, da in der Linken und in den Gewerkschaften immer noch illusionäre Vorstellungen herrschen, mit einer Wachstumspolitik lasse sich Vollbeschäftigung wiederherstellen.

Wenig aktuell ist der Programmentwurf in der Frage des Finanzplatzes Schweiz. Zwar findet sich im Abschnitt „Der Beitrag der Schweiz zur Stärkung der globalen Gouvernanz" die Forderung nach einer Regulierung der Finanzmärkte „gemeinsam mit der EU" durch die Erhöhung der Transparenz und der Eigenkapitalausstattung sowie durch die Einführung einer Tobin-Steuer. Was erstaunlicherweise fehlt, ist eine Auseinandersetzung mit der Rolle der Grossbanken. Die Bankenkrise 2008 hat deutlich gezeigt,

dass in der Schweiz der Finanzplatz völlig überdimensioniert ist und grosse Risiken für die ganze Gesellschaft in sich birgt. Das Problem kann nur dadurch gelöst werden, dass die Grossbanken mit ihren Grossrisiken („too big to fail") verkleinert werden. Wenn Banken schon eine De-facto-Staatsgarantie besitzen, so können sie auch verstaatlicht werden. Mindestens das Kredit- und Zahlungsgeschäft sollte als Service public unter demokratischer Kontrolle geführt werden, während die Investitions- bzw. Spekulationsgeschäfte stark besteuert werden müssen. Ebenfalls in nur sehr verklausulierten Form einer „Weissgeldstrategie" – Fulvio Pelli wird's freuen – taucht die Frage des Bankgeheimnisses auf. Dieses Steuerhinterziehunggeheimnis gehört abgeschafft, und dies nicht nur gegenüber der USA und den EU-Staaten, sondern auch gegenüber Ländern des Südens und vorab auch in der Schweiz selbst (Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie 2009).

Ausbaufähig wäre auch das Kapitel über die Umwelt. Neben den erwähnten Forderungen der Reduktion des exzessiven Ausstosses von CO^2, der Förderung von Energieträgern aus erneuerbaren Quellen (Sonne, Wind, Biomasse, Erdwärme), der Anrechnung externalisierter Kosten und eine Prüfung der Umweltverträglichkeit gibt es weitere zentrale Forderungen, denn die Umwelt wird sich mit sogenannt marktkonformen Umweltmassnahmen allein nicht retten lassen. Wichtig ist heute nicht nur der Widerstand gegen umweltschädliche Technologien und Produktionsformen, sondern auch der Kampf für die ungehinderte Verbreitung und Förderung umweltverträglicher Technologien. Patente insbesondere im Bereich der Landwirtschaft und der damit verbundenen Monopolisierungsstrategien im Agrobusiness sind zu beseitigen. Sinnvoll wäre auch eine Auseinandersetzung mit dem Grundsatz der „Ernährungssouveränität", der von den sozialen Bewegungen in den Ländern des Südens vertreten wird. In diesen leisten Frauen die Hauptarbeit in der Subsistenzwirtschaft und sind so die Hauptopfer der Umweltzerstörung, der Gewalt des Agrobusiness, des Landraubs und der Nahrungsmittel- und Hungerkrisen. Diese Probleme können nicht mit Hilfe von neuen Technologien, etwa der Gentechnik gelöst werden. Notwendig sind im Gegenteil tiefgreifende wirtschaftliche Reformen wie eine Landreform und ein demokratische Kontrolle der agrochemischen Konzerne.

Im Kapitel über die Bildung wird die andauernde Unterordnung der Bildung unter die Kapitalinteressen kaum problematisiert. Dagegen opponieren heute ja in ganz Europa, wie auch in der Schweiz, nicht nur Bewegungen der StudentInnen, sondern auch immer mehr WissenschaftlerInnen. Wichtige Bereiche wie etwa die Medienpolitik und die Kulturpolitik werden kaum angesprochen. Mir Recht hat der Jungsozialist Cédric Wermuth darauf hingewiesen, dass es sich beim Neoliberalismus nicht nur um eine Wirtschaftsstrategie handelt, sondern um ein hegemoniales Projekt, welches nicht nur grosse Teile der Mittelschichten, sondern auch

der Schlechtverdienenden und Prekarisierten zu integrieren vermag. Auch auf diese Frage hat ein linkes Programm eine Antwort zu geben (Wermuth 2010). Schule, Universitäten, der Kulturbetrieb, aber auch die Medien spielen in der Politik eine zu wichtige Rolle, als dass man sie vernachlässigen könnte.

Ergänzungsbedürftig ist ebenfalls das Kapitel „Die Schweiz und die Welt". Hier könnte, wie bereits angesprochen, stärker an die Politik der Deglobalisierung angeknüpft werden, wie sie von Walden Bello vorgeschlagen wird. Danach hat jedes Land das Recht auf souveräne Entscheidungen, unabhängig von imperialistischen Einmischungen. Undemokratische Institutionen wie IWF, Weltbank und WTO sind zurückzudrängen und durch regionale Kooperation und solidarische Zusammenarbeit nach dem Vorbild der lateinamerikanischen Alba-Staaten zu ersetzen. Die Schweiz sollte sich aus den erwähnten Institutionen und insbesondere aus dem Investitionsgericht der Weltbank, dem CIADI, zurückziehen zugunsten einer aktiveren Mitarbeit in den Gremien und Institutionen der UNO. Die Schulden der ärmeren Länder des Südens sollen gestrichen werden; und internationale und bilaterale Freihandelsabkommen müssen symmetrisch sein.

Wichtig ist auch die Verstärkung der Arbeit, wie sie von MultiWatch mit begrenzten Kräften geleistet wird. Sowohl die Politik der Schweizer Banken, Versicherungen, der Rohstoff-, Grosshandels- und Nahrungsmittelunternehmen als auch der Pharma- und Agromultis in den Ländern des Südens sind unter Kontrolle zu stellen; gegen diese Konzerne sind aufklärende Kampagnen zu organisieren (Schäppi 2009). Da die Pharmakonzerne nicht in der Lage sind, eine genügende Versorgung der Bevölkerung der Länder des Südens mit lebenswichtigen Medikamenten zu gewährleisten, ist deren Monopolstellung zumindest durch den Aufbau öffentlich rechtlicher Pharmafirmen zu bekämpfen. Das wichtige soziale Grundrecht auf Gesundheit (vgl. Cavalli in diesem Heft) kann weltweit im Rahmen der kapitalistischen Profitwirtschaft nicht verwirklicht werden. Dies alles wäre nützlicher als die Verwandlung der Schweizer Armee in eine Interventionstruppe, eine Art imperialistischen Hilfssheriff.

Konsens- und Konkordanzpolitik ohne Alternativen?

Das unvermittelte Nebeneinander vom Teil „Vision der Wirtschaftsdemokratie" mit anderen Teilen des Entwurfs lässt darauf schliessen, dass ein Spagat zwischen den Parteiflügeln angestrebt wird. Da in der realen Politik aber Visionen wenig zählen, schlägt sich im Entwurf die auf eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien praktizierte Konsens- und Konkordanzpolitik der SP Schweiz nieder. So ist es nicht überraschend, dass im Entwurf die sozialen Bewegungen und die anderen linken Kräfte, welche den Widerstand gegen die gegenwärtigen bedrohlichen Entwicklungen organisieren, keine Erwähnung finden. Die Konkordanzpolitik ist

der tiefere Grund der Entpolitisierung der heutigen Gesellschaft und damit der schleichenden Aushöhlung der politischen Demokratie als auch des Abbaus der sozialen Demokratie. Alternativen zum kapitalistischen System und zu dessen Krisenstrategien werden nur am linken Rande der SPS und links von ihr debattiert. Vom Ansatz einer linken bündnispolitischen Strategie ist aber im Entwurf keine Rede.

Es ist eine interessante Frage, weshalb sich die Konkordanz so lange halten konnte. Seit den 90er Jahren sind die Gewerkschaften und die politische Linke in der Schweiz nicht stärker, sondern, durch das Abschmelzen ihrer industriellen Basis und durch die Arbeitslosigkeit in die Defensive gedrängt, schwächer geworden. Deshalb hat die Konkordanz oder Sozialpartnerschaft immer weniger Resultate gezeigt, so dass Soziologen im Falle der Schweiz auch von einem „Fake corporatism", einem Fassaden- oder getürkten Korporatismus sprechen (Pelizzari/Schief 2007). Die Fortschritte wie die flankierenden Massnahmen und die Verhinderung von Abbaumassnahmen wurden nicht auf dem Weg der Konkordanzpolitik, sondern dank dem Referendum oder Referendumsdrohungen erreicht. Und die Vorkommnisse rund um die UBS-Affäre dürften, wenn sie dann mal bekannt sein werden, die negativen Auswirkungen der Konkordanzpolitik weiter verdeutlichen. Statt sich an die Konkordanz zu klammern, wäre es für die SPS, so sie denn die „Überwindung des Kapitalismus" wirklich anzielt, entscheidender, an die kämpferische Tradition der Arbeiterbewegung und an die Sozialbewegungen anzuknüpfen sowie in der Analyse fundiert von den gegenwärtigen Krisen und dem Krisenbewusstsein auszugehen.

Literatur

Bello, Walden, 2002: Deglobalisation. Ideas for a New World Order. London

Cavalli, Franco, 2010: Poche analisi e trope parole: un`ottima idea non basta. In: Prospettive Socialiste, Nr.1; Bozza de nuovo programma del Pss: Commenti e critice (mit anderen Beiträgen zum Programmentwurf). Auf: http//:www.ps-ticino.ch

Denknetz-Fachgruppe Politische Ökonomie, 2009: Für eine Schweiz ohne Beihilfe zur Steuerhinterziehung. In: Denknetz Jahrbuch 2009, Zürich

Pelizzari, Alessandro/ Schief Sebastian, 2007: „Fake corporatism". Industrial relations in Switzerland. Vortrag an der Universität von Athen vom 27.7.

Sasson, Donald, 1996: One Hundred Years of Socialism. London

Schäppi, Hans, 2009: Auswege aus der Wirtschaftskrise. Eine Strategie von unten. In: Widerspruch, Heft 57, Zürich

Spieler, Willy, 2010: Stellungnahme zum Programmentwurf der Geschäftsleitung der SP Schweiz. Auf: http//:www.socialism.ch (Website des Oltener Kreises)

SPS, 2010: Parteiprogramm. Entwurf, Fassung der Geschäftsleitung vom 26.März 2010. Auf: http//:www.sp-ps.ch

Wermuth, Cédric, 2010: Der Kampf um Köpfe und Herzen. In: WOZ, 15. 4. Zürich

Widerspruch, Heft 2, 1981: Autonomie / Selbstverwaltung. Zürich

Widerspruch, Heft 55, 2008: Mit Beiträgen u.a. zur Debatte um Wirtschaftsdemokratie. Zürich